

# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

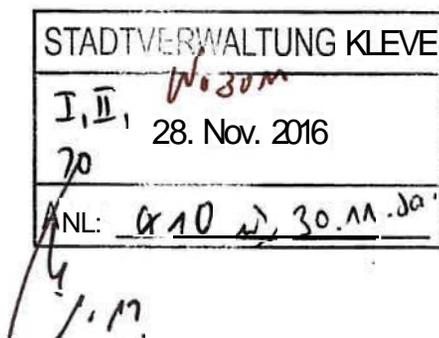
## SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kleve

Kavarinerstraße 20 - 22, 47533 Kleve



An die  
Bürgermeisterin der Stadt Kleve  
Frau Sonja Northing  
Interimsrathaus  
Landwehr 4-6

47533 Kleve



**Vorsitzende:**

**P. Tekath**

28.11.2016

**Tel.:** 02821/84337

**FAX:** 84370

**E-Mail :**

spdratsfraktionkle-  
ve@gmx.de

### Anschaffung von AEDs

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Northing,

die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kleve beantragt zum Haushalt 2017:

Die Anschaffung von sogenannten „Laiendefibrillatoren“ zur Ausrüstung von **Feuerwehr-**standorten und den städtischen Gebäuden inklusive einer Schulung von möglichen Ersthelfern.

### Begründung:

Ein automatisierter externer **Defibrillator** (AED, ugs. Laiendefibrillator) ist ein medizinisches Gerät zur Behandlung von defibrillierbaren Herzrhythmusstörungen durch Abgabe von „**Stromstößen**“.

Im Gegensatz zu Defibrillatoren aus dem Rettungsdienst oder Kliniken sind AEDs wegen ihrer Bau- und Funktionsweise besonders für Laienhelfer geeignet.

Da die Überlebenschance der Betroffenen mit jeder Minute, die ohne Frühdefibrillation verstreicht, um ca. 10 % sinkt, soll das therapiefreie Intervall bis zur Versorgung des Herzpatienten von Rettungsdienst und Notarzt, durch eine möglichst frühzeitige Defibrillation verkürzt werden.

Daher werben seit 2001 alle namhaften Hilfsorganisationen für den Einsatz von AEDs auch im öffentlichen Umfeld. So existieren mittlerweile zahlreiche heterogene Inselprojekte mit teilweise öffentlich zugänglichen AEDs. U. a. ist die Hochschule **Rhein-Waal** in jedem Gebäude mit AEDs ausgerüstet worden.

Der Kreis Kleve hat im Rahmen einer Initiative auf seiner Homepage unter [http://offenedaten.kreis-kleve.de/files/Fachbereich\\_3/index.html](http://offenedaten.kreis-kleve.de/files/Fachbereich_3/index.html) ein Kataster mit den Standorten der AEDs erstellt. Teilweise sind diese AEDs auch öffentlich zugänglich.

# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

## SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kleve



- 2 -

Die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Kleve ist vielfach mit medizinischen Notfällen konfrontiert. Aus diesem Grund halten wir es für sinnvoll, wenn die Feuerwehr der Stadt Kleve sukzessive mit AEDs ausgerüstet wird und den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Kleve aus Haushaltsmitteln eine entsprechende Ausbildung mit den Bestandteilen der AEDs - Bedienung im Rahmen ihres regelmäßigen Übungsdienstes - zur Verfügung gestellt wird. Die Ausrüstung und Ausbildung soll schnellstmöglich erfolgen.

Weiterhin hält die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kleve es für sinnvoll, wenn das Rathaus Kleve und die städtischen Gebäude sukzessive mit automatisierten externen Defibrillatoren ausgerüstet werden und die Ersthelfer im Rathaus entsprechend geschult werden. Besonders hervorheben möchte die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kleve, dass die USK AÖR diesen Weg bereits gegangen ist und mit einem AED ausgerüstet ist.

Für die Ausrüstung der städtischen Standorte sollen im Haushalt 2018 nötige Mittel bereitgestellt werden, ebenso für die entsprechenden Schulungen. Die Verwaltung wird einen Plan erstellen, aus dem die Standorte und deren Ausrüstung ersichtlich sind.

Die Standorte der Defibrillatoren sollen im geschaffenen Kataster des Kreises Kleve mit aufgenommen werden. Die Möglichkeit der Bezuschussung von AEDs und einer Ausbildung z. B. durch Unfallkasse und /oder Berufsgenossenschaften soll geprüft werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Petra Tekath', is written over the printed name.

Petra Tekath  
Fraktionsvorsitzende

An die  
Bürgermeisterin der Stadt Kleve  
Frau Sonja Northing  
Rathaus  
47533 Kleve

STADTVERWALTUNG KLEVE
20 30. Nov. 2016
ANL: 810

**BÜNDNIS 90**  
**DIE GRÜNEN**

**Fraktion  
im Rat der Stadt Kleve**

Kavarinerstr. 20  
47533 Kleve  
Fon: 02821 84338  
Mail: [gruene.fraktion.kleve@t-online.de](mailto:gruene.fraktion.kleve@t-online.de)

Kleve, den 28.11.2016

### Antrag auf Einstellung eines Juristen mit Kenntnis im Vergaberecht

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt die Einrichtung einer Stelle zur Besetzung einer Volljuristin oder eines Volljuristen mit dem Schwerpunkt Vergaberecht im Bauwesen. Sie soll im Fachbereich 30 angesiedelt werden.

Begründung: Angesichts des Umstandes, dass alle Vergabefälle der Stadt bisher negativ beschieden wurden und die Stadt weiterhin Vergaben leisten **muss**, sind hohe Kosten durch die auswärtig eingeholten Expertisen entstanden. Wir hoffen auf einen spezialisierten Berufsanfänger/in, der/die vom jetzigen Leiter eingearbeitet wird und auf lange Sicht wegen Pensionierung eine Berufsperspektive im Verwaltungsrecht sucht.

Mit freundlichen Grüßen

*Dr. Hedwig Meyer* fan\*ly

Dr. Hedwig Meyer-Wilmes  
(Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen)



An die  
Bürgermeisterin der Stadt Kleve  
Frau Sonja Northing  
Rathaus  
47533 Kleve

STADTVERWALTUNG KLEVE	
I, II, 20	28. Nov. 2016
ANL:	810

  
**BÜNDNIS 90**  
**DIE GRÜNEN**

Fraktion  
im Rat der Stadt Kleve

Kavarinerstr. 20  
47533 Kleve  
Fon: 02821 84338  
Mail: [gruene.fraktion.kleve@t-online.de](mailto:gruene.fraktion.kleve@t-online.de)

Kleve, den 28.11.2016

## Antrag auf Aufstockung des Personalbestandes In der Abteilung 40

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

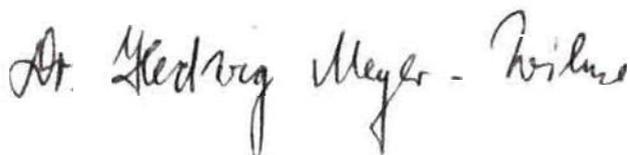
die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt 1,5 zusätzlichen Stellenumfang für die Abteilung Schulen, Kultur und Sport.

◀ Begründung:

Die Abteilung steht vor großen Herausforderungen, wie die Erstellung eines Schulentwicklungsplanes, die Begleitung von Schulentwicklung, die Implementierung des Sportentwicklungsplanes. Durch die Veränderungen im Bereich Stadtmarketing ist abzusehen, dass auch im Kulturbereich mehr Aufgaben auf das Amt zukommen.

Deswegen beantragen wir, dass eine halbe Stelle durch Umstrukturierungen im Haus an diese Abteilung geht und eine Projekt-Stelle für die Schul-, Kultur- und Sportentwicklung errichtet wird.

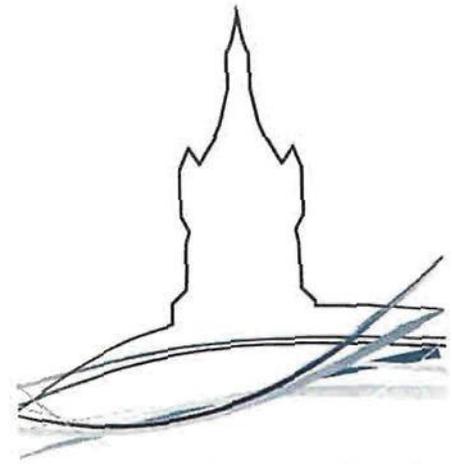
Mit freundlichen Grüßen



Dr. Hedwig Meyer-Wilmes  
(Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen)



STADTVERWALTUNG KLEVE	
I, II,	Mo 11.12
20	01. Dez. 2016
ANL:	2, 11 J, 3



**OFFENE KLEVER**  
Freie Wählergemeinschaft

Stadt Kleve  
Bürgermeisterin Sonja **Northing**  
Landwehr 4-6  
47533 Kleve

Kleve, 28.11.2016

## Antrag auf Entwicklung von Kennzahlen zur Messbarkeit eines nachhaltigen und ökologischen Haushaltes

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Northing,

die Offenen Klever (OK) beantragen die Entwicklung von Kennzahlen zur Messbarkeit eines nachhaltigen und ökologischen Haushaltes. Das Projekt soll in Kooperation mit der Hochschule Rhein-Waal und Non-Governmental Organisationen durchgeführt werden. Die herausgearbeiteten Kennzahlen sollen Eingang in das Deckblatt jeder Drucksache finden. Für das Projekt sollen EUR 10.000 in den Haushalt eingestellt werden.

### Begründung:

Nachhaltigkeit hat viele praxisrelevante Facetten auf kommunaler Ebene. Beispielsweise bedeutet eine nachhaltige kommunale Haushalts- und Finanzpolitik, dass künftigen Generationen die Möglichkeit der finanzwirtschaftlichen Gestaltung der Stadt Kleve nach eigenen Optionen gegeben wird.

Zukünftige Herausforderungen müssen ermittelt, Chancen und Risiken bedacht werden. Dazu gehören beispielsweise die demografische Entwicklung, die Energieversorgung, Mobilitätsanforderungen und der Klimawandel. Diese Entwicklung macht vor der Stadt Kleve nicht halt. Hier kann vor Ort lebensnah und praktisch gezeigt werden, was eine nachhaltige Politik mit guten Konzepten erreichen kann.

Ziel muss es sein, über den kommunalen Haushalt Maßnahmen zu finanzieren, die für eine ökonomische, ökologische und soziale, mithin nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft von Bedeutung sind. Hier muss die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion einnehmen und eine nachhaltige sowie innovative Beschaffung stärken.

Folgende Punkte sind auf diesem Gebiet von besonderer Bedeutung:

- Ökologische Tragfähigkeit
- Klimaschutz und Energiewende
- nachhaltige Mobilität
- Sorgfaltspflicht mit unseren natürlichen Ressourcen
- zukunftsfähiges Wirtschaften und arbeitssoziale, gesunde und sichere Stadt
- Kultur und Bildung
- Familienfreundlichkeit und eine ausgewogene Bevölkerungsentwicklung
- Miteinander, Integration und Gleichberechtigung

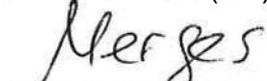
Dabei müssen folgende Rahmenbedingungen geschaffen werden:

- kommunales Nachhaltigkeitsmanagement
- fiskalische Nachhaltigkeit
- Förderung von Bürgerbeteiligung, Bürgerengagement, interkommunale Zusammenarbeit und
- Wahrnehmung globaler Verantwortung.

Die vorstehend aufgeführten Punkte sind maßgeblich und richtungweisend für die Erarbeitung der Kennzahlen, die später im Haushalt der Stadt Kleve veröffentlicht werden.

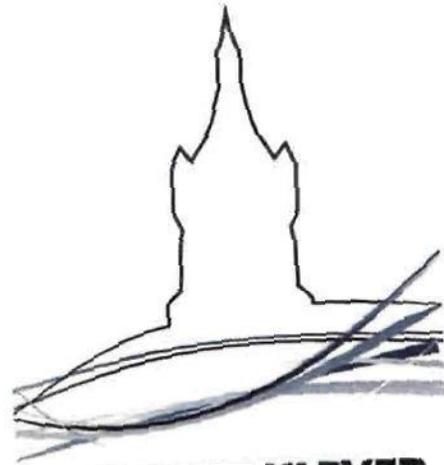
Mit freundlichen Grüßen

Offene Klever (OK)



Dr. Fabian Merges

STADTVERWALTUNG KLEVE
I, U, 70, 01. Dez. 2013
ANL: 10



**OFFENE KLEVER**  
Freie Wählergemeinschaft

Stadt Kleve  
Bürgermeisterin Sonja Northing  
Landwehr 4-6  
47533 Kleve

Kleve, 28.11.2016

**Antrag auf Erstellung eines „Kommunalen Subventionsberichtes“  
und Auflistung offener Kreditermächtigungen aus Vorperioden ab  
dem Haushalt 2018**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Northing,

die "Offenen Klever" (OK) beantragen,

a) mit dem Haushaltsentwurf 2018 einen „Kommunalen Subventionsbericht“ zu erstellen, der ein detailliertes Verzeichnis sowohl über die freiwilligen Leistungen als auch über die Pflichtaufgaben der Stadt enthält, unterteilt nach:

1. freiwilligen Aufwendungen
2. freiwilligen Aufwendungen mit vertraglicher Bindung bis zum ...
3. Pflichtaufgaben, die dem Grunde und der Höhe nach vorgeschrieben
4. sind und  
Pflichtaufgaben die dem Grunde nach, aber nicht der Höhe nach vorgeschrieben sind.

Stehen den Aufwendungen auch Erträge gegenüber, ist der Differenzbetrag anzugeben. Soweit Kontrakte mit Dritten bestehen, sind diese anzugeben.

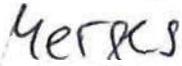
b) ein Auflistung offener Kreditermächtigungen aus den Vorperioden im Vorbericht zum Haushalt aufzuführen.

## Begründung

Die oben aufgeführten Informationen sind der Kämmerei bekannt und mit den heutigen **IT-gestützten** Systemen leicht automatisiert zu generieren. Den Ratsfraktionen geben die aggregierten Informationen ein weiteres Steuerungsinstrument an die Hand. So erhalten bspw. alle Ratsmitglieder eine Übersicht über die Zuwendungen an Dritte an zentraler Stelle, die aktuell noch durch Ratsmitglieder händisch aus den verschiedenen Positionen innerhalb des Haushalts zusammengetragen werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen

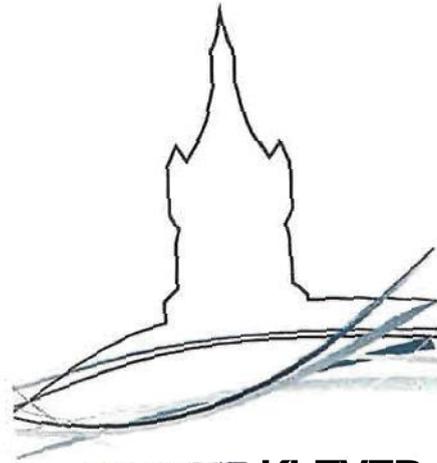
Offene Klever (OK)



Dr. Fabian Merges

Stadt Kleve  
Bürgermeisterin Sonja Northing  
Landwehr 4-6  
47533 Kleve

STADTVERWALTUNG KLEVE	
1. II, No. A.M.	01. Dez. 2016
20	
AML: 0.10	10.



**OFFENE KLEVER**  
Freie Wählergemeinschaft

Kleve, 28.11.2016

### Antrag zur Senkung der Grundsteuer B auf 450 Punkte

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Northing,

die Offenen Klever beantragen, die Grundsteuer B auf 450 Punkte zu senken.

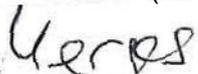
#### Begründung

Obwohl die beantragte Steuersenkung äußerst moderat ist, hätte sie doch eine Signalwirkung: Defizite werden in Zukunft nicht bei Bürgern und Unternehmern ausgeglichen. Dies sollte Unternehmer aber auch Bürger motivieren, wieder mehr in Kleve zu investieren.

Bei der konsequenten Umsetzung weiterer Sparmaßnahmen, die die Offenen Klever auch schon im letzten Jahr vorgeschlagen haben, könnten die Bürger/innen entlastet und gleichzeitig könnte die Ausgleichsrücklage (wie vom Kämmerer geplant) aufgestockt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Offene Klever (OK)

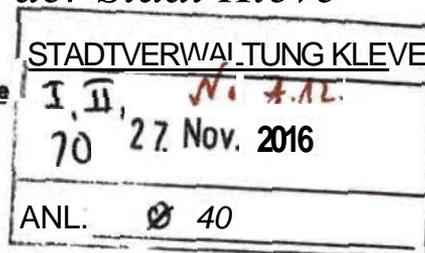
  
Dr. Fabian Merges



*Freie Demokraten im Rat der Stadt Kleve*

Daniel Rütter  
Fraktionsvorsitzender  
Mobil 01788469292  
[daniel.ruetter@gmail.com](mailto:daniel.ruetter@gmail.com)

FDP Ratsfraktion – Postfach 1955 – 47517 Kleve



FDP Ratsfraktion  
Kavariner Str. 20-22  
47533 Kleve  
Tel. (02821) 2 80 98  
[info@fdp-weve.de](mailto:info@fdp-weve.de)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

wir bitten Sie folgenden Antrag unserer Fraktion auf die Tagesordnung zu setzen.

Die FDP im Rat der Stadt Kleve **beantragt**,

Mittel in Höhe von 15000€ für die Förderung von Solarthermie in der Stadt Kleve bereitzustellen. Hiermit sollen Investitionen für die Installation solarthermischer Anlagen zur Brauchwassererwärmung von Privatpersonen in der Stadt Kleve gefördert werden.

Begründung:

Kleve beteiligt sich engagiert im Klimaschutz und in der Förderung regenerativer Energie. Die Auflegung eines eigenen Förderprogramms gerade im Bereich der Solarenergie könnte hier zusätzliche Impulse setzen. Vorbild könnte an dieser Stelle die Stadt Bocholt sein, welche sich mittels eines solchen Förderprogramms bereits engagiert.

Mit freundlichen Grüßen

-Daniel Rütter-



*Freie Demokraten im Rat der Stadt Kleve*

Daniel Rütter  
Fraktionsvorsitzender  
Mobil 01788459292  
[daniel.ruetter@gmail.com](mailto:daniel.ruetter@gmail.com)

FDP Ratsfraktion - Postfach 19SS - 47517 Kleve

STADTVERWALTUNG KLEVE
I, U, M, 712
70 27. Nov. 2016
ANL: 10

FDP Ratsfraktion  
Kavariner Str. 20-22  
47533 Kleve  
Tel. (02821) 2 80 98  
[info@fdp-kleve.de](mailto:info@fdp-kleve.de)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

wir bitten Sie folgenden Antrag unserer Fraktion auf die Tagesordnung zu setzen.

Die FDP im Rat der Stadt Kleve beantragt,

die Gewerbegebiete in Kleve sollen flächendeckend mit direkten Glasfaseranschlüssen ausgestattet werden.

Begründung:

Um den Wirtschaftsstandort Kleve attraktiv zu halten, **muss** ein direkter Glasfaseranschluss eine Selbstverständlichkeit werden. Dies sollte relativ kurzfristig realisiert werden, da Ansiedlungen und Neugründungen von Unternehmen der Industrie 4.0 jetzt stattfinden. Die Stadt Kleve sollte daher schnell entweder mittels geeigneter Kooperationspartner oder mittels der Stadtwerke selber tätig werden, um den Anschluss nicht zu verpassen.

Mit freundlichen Grüßen

-Daniel Rütter-

# Freie Demokraten

## FDP KLEVE

### *Freie Demokraten im Rat der Stadt Kleve*

FDP Ratsfraktion – Postfach 19SS - 47517 Kleve

STADTVERWALTUNG KLEVE
levr II, 27. Nov. 2016 No 712
ANL.: 10

Daniel Rütter  
Fraktionsvorsitzender  
Mobil 01788459292  
[daniel.ruetter@gmail.com](mailto:daniel.ruetter@gmail.com)

FDP Ratsfraktion  
Kavarnier Str. 20-22  
47533 Kleve  
Tel. (02821) 2 80 98  
info@fdp-kleve.de

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

wir bitten Sie folgenden Antrag unserer Fraktion auf die Tagesordnung zu setzen.

Die FDP im Rat der Stadt Kleve beantragt,

Dachbegrünungen in Kleve sollen forciert und **gefördert** werden. Daher werden die Niederschlagswassergebühren bei begrünten Dachflächen auf Antrag dauerhaft um die Hälfte reduziert.

Begründung:

Begrünte Dachflächen heben das Stadtklima, können das Stadtbild aufwerten und bieten Pflanzen und Tieren zusätzlichen Lebensraum. Vorbild kann hier die Stadt Düsseldorf sein, welche bereits seit 2010 Dachbegrünungen entsprechend fördert.

Mit freundlichen Grüßen



-Daniel Rütter-

# Freie Demokraten

## FDP KLEVE

### Freie Demokraten im Rat der Stadt Kleve

FDP Ratsfraktion - Postfach 1955 - 47517 Kleve

STADTVERWALTUNG KLEVE
11, 1/10, 7.12 70 27. Nov. 2016
ANL: 10

**Daniel Rütter**  
Fraktionsvorsitzender  
Mobil 01788459292  
[daniel.ruetter@gmail.com](mailto:daniel.ruetter@gmail.com)

FDP Ratsfraktion  
Kavariner Str. 20-22  
47533 Kleve  
Tel. (02821) 2 80 98  
[info@fdp-kleve.de](mailto:info@fdp-kleve.de)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

wir bitten Sie folgenden Antrag unserer Fraktion auf die Tagesordnung zu setzen.

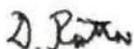
Die FDP im Rat der Stadt Kleve beantragt,

alle weiterführenden Schulen der Stadt Kleve mittelfristig mit moderner digitaler Infrastruktur auszustatten. Hierzu sollen alle Schulen mit einem Breitbandanschluss und **Wlan** ausgestattet werden. Die Verwaltung wird beauftragt dem Rat die Kosten und einen Zeitplan für die Umsetzung vorzulegen.

Begründung:

Die Ausbildung von Schülern im Umgang mit digitalen Technologien **muss** intensiver gefördert werden. Die Bundesregierung plant daher eine Summe von fünf Milliarden Euro über einen Zeitraum von fünf Jahren zu investieren. Hiermit soll der Umgang mit Technologie an rund 40.000 Schulen gefördert werden. Das Geld soll investiert werden, um Breitbandanschlüsse auszubauen und Geräte anzuschaffen. Auch das Förderprogramm der Landesregierung „Gute Schule 2020“ kann für den Breitbandausbau an Schule genutzt werden. Die Stadt Kleve täte daher gut daran den Investitionsbedarf **für** die digitale Infrastruktur festzustellen, um die geeigneten Fördermittel nutzen zu können

Mit freundlichen Grüßen



-Daniel Rütter-

Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kleve

Kavarinerstraße 20 - 22, 47533 Kleve



**Vorsitzende:**

**P. Tekath**

28.11.2016

**Tel.:** 02821/84337

**FAX:** 84370

**E-Mail :**

spdratsfraktionkle-  
ve@amx.de

An die

Bürgermeisterin der Stadt Kleve  
Frau Sonja Northing  
Interimsrathaus  
Landwehr 4-6

47533 Kleve

STADTVERWALTUNG KLEVE
I, II, No 30m 70, 28. Nov. 2016
AMX: 010 28.11.16

**Ausstattung mit seniorengerechten Sitzgelegenheiten**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Northing,

die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kleve beantragt, der Rat der Stadt möge beschließen:

Die Fußgängerzone wird mit seniorengerechten Sitzgelegenheiten ausgestattet.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'i Tekath'.

Petra Tekath  
Fraktionsvorsitzende

# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

## SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kleve

Kavarinerstraße 20 - 22, 47533 Kleve

An die  
Bürgermeisterin der Stadt Kleve  
Frau Sonja Northing  
Interimsrathaus  
Landwehr 4 - 6

47533 Kleve

STADTVERWALTUNG KLEVE
I. D. <i>Northing</i>
70. 28. Nov. 2016
ANL.: 810, 30 M. P.
<i>1.17.</i>



**Vorsitzende:**

P. Tekath

28.11.2016

Tel.: 02821/84337

FAX: 84370

**E-Mail :**

[sndratsfraktionkleve@gmx.de](mailto:sndratsfraktionkleve@gmx.de)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Northing,

die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kleve beantragt, der Rat der Stadt möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit -nach Auszug der Verwaltung aus dem Interimsrathaus- das jetzige Interimsrathaus als vorübergehender Standort der Gesamtschule Rindern genutzt werden kann.

### Begründung:

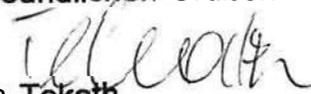
Die Gesamtschule Rindern leidet schon jetzt an erheblichen **Raumkapazitäten**. Der relativ weit vom Hauptstandort entfernte Zweitstandort Hoffmannallee bringt auch sicherlich organisatorische Probleme mit sich.

Da die Fertigstellung der Baumaßnahme Gesamtschule Rindern noch einige Zeit dauern wird, wäre eine Nähe aller Schulklassen zum Hauptstandort auch für die Schulleitung wünschenswert.

Im kommenden Frühsommer wird die Verwaltung in das „neue Rathaus“ umgezogen sein, dann wäre das Interimsrathaus für die vorübergehende Nutzung als Zweitstandort der Gesamtschule Rindern nutzbar. Der Parkplatz könnte als Schulhof nutzbar gemacht, also gesichert werden. Ein Raumkonzept für diesen Standort müsste umgehend unter Beteiligung der Schulleitung erstellt werden.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

  
Petra Tekath  
Fraktionsvorsitzende

STADTVERWALTUNG KLEVE	
I, II	10.11.2016
70	01. Dez. 2016
ANL.: 810, 30	

Stadt Kleve  
 Bürgermeisterin Sonja Northing  
 Landwehr 4-6  
 47533 Kleve



Kleve, 28.11.2016

## Prüfantrag zur Zusammenlegung von VHS und Stadtbibliothek

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Northing,

die Offenen Klever (OK) beantragen folgende Planung zu prüfen:

- die jetzige Fläche der VHS wird zur Eigenentwicklung aus dem kreisweiten Flächenpool zurückgezogen,
- die Gebäude des jetzigen Standorts VHS werden abgerissen,
- ein neues Gebäude für die VHS und Bibliothek wird errichtet
- das jetzige Gebäude der Stadtbibliothek wird veräußert.

Schwerpunkt der Prüfung sollen die aktuellen finanziellen Kosten für die Unterhaltung von zwei Standorten im Vergleich zu den Finanzierungskosten inkl. Verkaufserlös für das jetzige Gebäude der Stadtbibliothek.

### Begründung

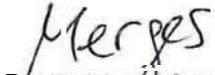
Der zukünftige Standort der VHS ist noch vakant. Zudem ist unklar, ob eine Lösung, die eine gemeinsame Unterbringung von VHS und KAG am aktuellen Standort des Konrad-Adenauer-Gymnasiums vorsieht, noch umsetzbar ist bzw. politisch gewollt ist.

Da gleichzeitig die Gebäude der VHS nicht mehr den Zukunftsansprüchen bzw. dem erwarteten Raumbedarf entsprechen, müssen alternative Lösungen gefunden werden.

Die Offenen Klever befürworten eine Lösung, die zum einen diesen Ansprüchen gerecht wird und zum anderen keine Belastung für den Haushalt der Stadt Kleve darstellt. Da die oben genannte Planung dies prinzipiell realisieren könnte, soll diese einer genaueren Prüfung unterzogen werden. Vor dem Hintergrund der für den städtischen Haushalt positiven Zinsentwicklung könnte sich ein einmaliges Zeitfenster öffnen, um der VHS, aber auch der Stadtbibliothek ideale Räumlichkeiten an einem zentralen Ort der Stadt zu verschaffen.

Überdies könnte das Projekt unter dem Titel „Städtischer Wissensspeicher“ zusammengefasst werden, der Wissen bereithält (Bibliothek) und vermittelt (VHS).

Mit freundlichen Grüßen  
Offene Klever (OK)

  
Dr. Fabian Merges

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kleve**

**Kavarinerstraße 20 - 22, 47533 Kleve**



An die  
Bürgermeisterin der Stadt Kleve  
Frau Sonja Northing  
Interimsrathaus  
Landwehr 4 - 6

47533 Kleve

STADTVERWALTUNGKLEVE
1, ff, <i>No 30A</i>
20/ 28. Nov. 2316
ANL: <i>α 10</i>   <i>30.11.17</i>

*1.17.*

**Vorsitzende:**

**P. Tekath**

28.11.2016

Tel.: 02821/84337

FAX: 84370

E-Mail :

[spdratsfraktionkleve@gmx.de](mailto:spdratsfraktionkleve@gmx.de)

**Standortkonzept für Stromladestationen in der Stadt Kleve**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Northing,

die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kleve beantragt, der Rat der Stadt möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt ein Standortkonzept für die Infrastruktur von Ladestationen für Elektroautos und Elektro-Fahrräder zu entwickeln. Hierzu gehören die Standortsuche, funktionierende Systeme und die Partnersuche (Stadtwerke, USK etc.) für das Betreiben solcher E-Ladestationen und eine realistische Kostenanalyse.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Tekath  
Fraktionsvorsitzende

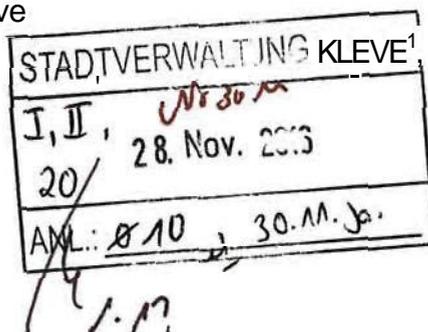
**Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kleve**

**Kavarinerstraße 20 - 22, 47533 Kleve**



An die  
Bürgermeisterin der Stadt Kleve  
Frau Sonja Northing  
Interimsrathaus  
Landwehr 4 - 6

47533 Kleve



**Vorsitzende:**

**P. Tekath**

28.11.2016

**Tel.:** 02821/84337

**FAX:** 84370

**E-Mail :**

spdfraktionkle-  
ve@qmx.de

Aufstellung **von** Stromladestationen am neuen Rathaus

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Northing,

die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kleve beantragt, der Rat der Stadt möge beschließen:

Die GSK werden beauftragt eine oder mehrere öffentliche Ladestationen für Elektro-Autos in der Nähe des neuen Rathauses aufstellen zu lassen.

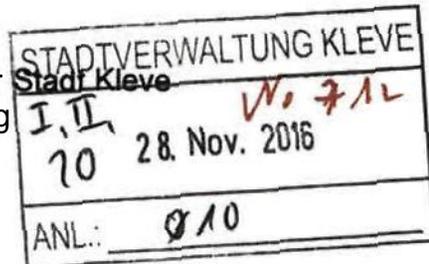
Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Petra Tekath'.

Petra Tekath  
Fraktionsvorsitzende

An die  
Bürgermeisterin der  
Frau Sonja Northing  
Rathaus  
47533 Kleve



**BÜNDNIS 90**  
**DIE GRÜNEN**

Fraktion  
im Rat der Stadt Kleve

Kavarinerstr. 20  
47533 Kleve  
Fon: 02821 84338  
Mail: [gruene.fraktion.kleve@t-online.de](mailto:gruene.fraktion.kleve@t-online.de)

Kleve, den 28.11.2016

### Antrag auf einen ARAS an der Römerstraße

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

hiermit beantragt die Fraktion B.90/Die Grünen einen ARAS (aufgeweiteten Radfahraufstellstreifen) auf der rechten Fahrspur der Römerstraße an der Kreuzung Ringstraße/Stechbahn anzulegen. Dieser soll sowohl für linksabbiegende als auch für rechtsabbiegende bzw. geradeaus fahrende Radfahrer nutzbar sein.

#### Begründung:

Die Situation ist für Radfahrer nicht übersichtlich. Viele Radfahrer ordnen sich auf der linken Spur hinter bzw. neben Autofahrern ein, was insgesamt zu einem wenig flüssigen Verkehr führt.

Die rechte Spur ist nicht sehr frequentiert, so dass es kein Problem im Verkehrsfluss darstellt, wenn Radfahrer vor den Autos stehen (was sie nach § 5, Abs. 8 StVO und wegen der Schadstoffemissionen dürfen). Um auch den linksabbiegenden Radfahrern eine geordnete Überquerung zu ermöglichen, sollte eine rot markierte Radwegführung über die Kreuzung zum Radweg Ringstraße Richtung Grufstraße erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hedwig **Meyer-Wilmes**  
(Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen)





**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

**Fraktion  
im Rat der Stadt Kleve**

Kavarinerstr. 20  
47533 Kleve  
Fon: 02821 84338  
Mail: [gruene.fraktion.kleve@t-online.de](mailto:gruene.fraktion.kleve@t-online.de)

Kleve, den 28.11.2016

An die  
Bürgermeisterin der Stadt Kleve  
Frau Sonja Northing  
Rathaus  
47533 Kleve

STADTVERWALTUNG KLEVE

5 II, 20 28. Nov. 2016 V

ANL: 010

### Prüfantrag Radweg am Spoykanal (westlich)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

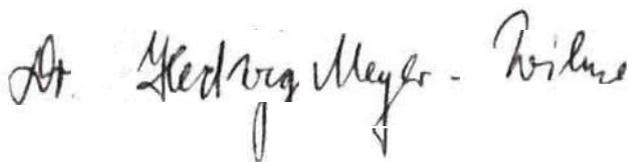
die Verwaltung möge bis Ende Juni 2017 eine Kostenschätzung für den Lückenschluss des Radwegenetzes zwischen dem Klever Ring (Höhe Fujistraße) und Spycscher Baum vorlegen.

Begründung:

Der Radweg auf der westlichen Seite des Spoykanals würde einen weiteren Lückenschluss im Radfahrnetz bedeuten. Er wäre touristisch wünschenswert, hätte aber auch einen Nutzen für Mitarbeiter im Klever Industriegebiet sowie für Schüler aus Rindern, Brienen und Wardhausen, zumal sich an der Briener Straße keine Möglichkeit für einen sicheren Radweg abzeichnet.

Es ist auch zu untersuchen, ob auf der Wasserseite Haus Nellewardgen passiert werden kann - dann wäre eine kleine Brücke über die Landwehr nötig - oder ob, falls eigentumsrechtliche Gründe den direkten Weg ausschließen, durch einen Schlenker um Haus Nellewardgen die Brücke unnötig ist.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Hedwig Meyer-Wilmes  
(Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen)



CDU Fraktion - Antoniusstraße 13 - 47533 Kleve  
Frau  
Sonja Northing  
Bürgermeisterin der Stadt Kleve  
Rathaus

STADTVERWALTUNG KLEVE
1.11.28 Nov. 2016
ANL: 10, 30 M. J.

1.17.

**Geschäftsstelle**  
Lindenallee 49  
47533 Kleve  
Tel.: 02821/997790  
Fax: 9977919  
E-mail:  
info@cdu-kreis-kleve.de

**Datum 28.11.16**

Antrag zum Haushalt 2017

Antrag zum Rat am 29.04.15 v. 02.04.15

Deichsanierung **Xanten-Kleve** (Rad- und Fußweg)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
hiermit beantragen wir die sofortige Aufnahme von  
Planungsgesprächen mit dem Deichverband Kleve-Xanten  
wegen der Berücksichtigung des gewünschten Rad- und Fußweges  
bei der **Deichsanierung**. (siehe Anlagen zu diesem Antrag).

Erforderliche Haushaltsmittel bitten wir für 2017 und 2018 in den  
Haushalt einzustellen.

Mit freundlichen Grüßen



Edmund Ricken

CDU Fraktion - Antoniusstraße 13 - 47533 Kleve

**Herrn  
Bürgermeister  
Theo Brauer  
Rathaus**

**Geschäftsstelle**

Lindenallee 49  
47533 Kleve  
Tel.: 02821/997790  
Fax: 9977919  
E-mail:  
info@cdu-kreis-kleve.de

**Datum 02.04.15**

**Antrag zum Rat am 29. April 2015**

**Deichsanierung Xanten - Kleve**

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,**

**die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Kleve beantragt, zeitnah im Rahmen des laufenden Feststellungsverfahrens die notwendigen Planungen - in Abstimmung mit dem zuständigen Deichverband Xanten / Kleve - zur Erstellung eines Rad/Fußweges im Bereich des zurückzubauenden Banndeiches in Griethausen vorzunehmen und die notwendigen Finanzmittel im Rahmen des Haushaltes bereitzustellen.**

**Begründung:**

**Durch die geplante Deichsanierung Xanten - Kleve im dritten Abschnitt, zweiter Teilstrecke wird ein Teilstück des Banndeiches in Griethausen zurückgebaut. Der darauf befindliche Rad-/Fußweg wird entfallen.**

**Die hierdurch entfallende Wegeverbindung zwischen Banndeich Höhe Klosterhof und der Anbindung zum Rad-/Fußweg des Oraniendeichs in Höhe des alten Schöpfwerks soll nach dem Rückbau des Deichstücks auf der gleichen Linie durch einen neu zu errichtenden Fuß-/Gehweg - auf dem Gelände des entfallenden Banndeichs - ersetzt werden.**

**Mit freundlichen Grüßen**

  
**Edmund Ricken**

# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

## SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kleve

Kavarinerstraße 20 - 22, 47533 Kleve



An die  
Bürgermeisterin der Stadt Kleve  
Frau Sonja Northing  
Interimsrathaus  
Landwehr 4-6  
47533 Kleve

STADTVERWALTUNG KLEVE
I, II, <sup>No 30 M</sup> 28. Nov. 2016
AM.: 8.10., 30.11. 2016
1.1.?

Vorsitzende:  
P. Tekath  
28.11.2016  
Tel.: 02821/84337  
FAX: 84370  
E-Mail :  
[spdratsfraktionkleve@gmx.de](mailto:spdratsfraktionkleve@gmx.de)

Sanierung der Straßenbeleuchtung

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Northing,

die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kleve beantragt, der Rat der Stadt möge beschließen:

Die USK werden beauftragt zu prüfen, inwiefern der Plan für die Umrüstung der Straßenlaternen auf LED-Leuchten noch zügiger umgesetzt werden kann.

### Begründung.

Durch den Einsatz der neuen LED-Technik lässt sich eine durchschnittliche CO<sub>2</sub>-Einsparung von 87 % erzielen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Petra Tekath'.

Petra Tekath  
Fraktionsvorsitzende

Klever-Tierfutterhilfe e.V.

Bürgermeisterin Frau Northing

STADTVERWALTUNG KLEVE	
I, II, 20/	30. Nov. 2016 <i>No 30.11.</i>
AML: <i>ISO 1</i>	<i>30.11.</i>

*1.17*

Betreff: Antrag auf Unterstützung

Kleve, den 30.11.2016

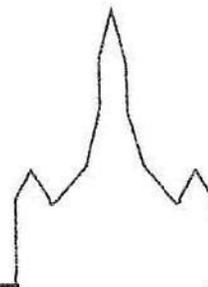
Sehr geehrte Frau Northing,

wir (Klever-Tierfutterhilfe e. V.) brauchen Hilfe und möchten gerne einen Antrag auf Unterstützung unseres Vereines stellen.

Wir würden uns sehr freuen von Ihnen zu hören.

*über 500,-€ würden wir uns sehr freuen.*

Mit freundlichen Grüßen



Klevischer Verein -

An die Bürgermeisterin  
der Stadt Kleve  
Frau Sonja Northing  
Rathaus Kleve  
47533 Kleve

Kleve, den 12.11.2016

STADTVERWALTUNG KLEVE	
I	No. 16/11
II	20
8. Nov. 2016	
ANL:	2/10

### Antrag auf neue Bestuhlung für Veranstaltungen im Blumenhof

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

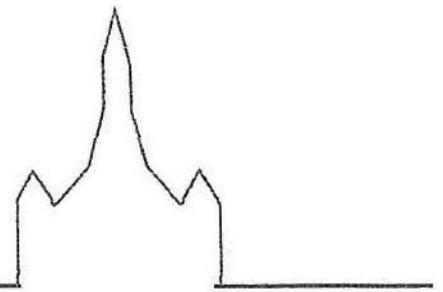
hiermit stellen wir den Antrag, die Bestuhlung im Klever Forstgarten zu erneuern.

Während der Konzertsaison im Forstgarten werden die hinter der Konzertmuschel gelagerten Stühle von April bis September jeden Sonntag genutzt.

Unser Verein organisiert bekanntlich den Klevischen Klaviersommer, hier werden diese Stühle ebenfalls genutzt. Wir müssen aber feststellen, dass die Stühle altersschwach sind und verschiedentlich unter den Leuten zusammenbrechen. Außerdem lassen sie sich nicht vernünftig stapeln. Wir gehen davon aus, dass mindestens 300 neue Stühle gebraucht werden, besser wären mehr, weil beim Klevischen Klaviersommer sonntags mit bis zu 750 Besuchern gerechnet werden muss.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Rat und Verwaltung unserem Antrag folgen würden.

Mit freundlichen Grüßen



Klevischer Verein -

An die Bürgermeisterin  
der Stadt Kleve  
Frau Sonja Northing  
Rathaus Kleve  
47533 Kleve

Kleve, den 12.11.2016

STADTVERWALTUNG KLEVE
I, II, 16. Nov. 2016
ANL.: 10

### Antrag auf finanzielle Unterstützung für die Betreuung des Schwanenturms und zur jährlichen Wartung der Turmuhr

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

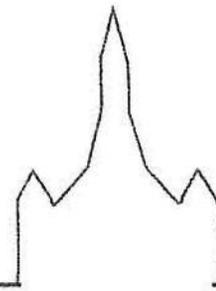
seit der Nachkriegszeit hält unser Verein den Schwanenturm für zehntausende Besucher jährlich offen. Der Verein kümmert sich gern um diese Aufgabe, die der Attraktivität der Stadt dient. Es ist kaum vorstellbar, dass den Besuchern, die aus der ganzen Welt kommen, kein Aufstieg möglich wäre.

Seit Einführung des Mindestlohns ist unser finanzieller Aufwand jedoch so hoch, dass sich der Betrieb des Turms nicht mehr trägt. Für Löhne sind jährlich etwa 22.000 Euro zu zahlen, das Defizit im Jahre 2015 betrug fast 6.000 Euro.

Die Turmuhr verursacht jährliche Wartungskosten von 209 Euro.

Da wir diese Aufgaben uneigennützig zum Wohle der Stadt übernommen haben, bitten wir hiermit um eine jährliche unterstützende Zuwendung.

Mit freundlichen Grüßen



Klevischer Verein - /

An die Bürgermeisterin  
der Stadt Kleve  
Frau Sonja Northing  
Rathaus Kleve  
47533 Kleve

STADTVERWALTUNG KLEVE	
I, ... No No in	16. Nov. 2018
II, 70	
ANL:	040 ft

Kleve, den 12.11.2016

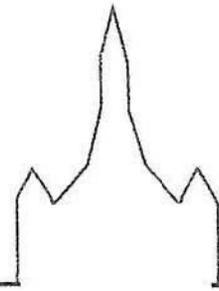
**Antrag auf Beschaffung eines kleinen Kühlschranks für die Künstlergarderobe in der  
Konzertmuschel des Forstgartens**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

hiermit stellen wir den Antrag, die o.g. Künstlergarderobe mit einem kleinen Kühlschrank zu versehen.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Rat und Verwaltung unserem Antrag folgen würden.

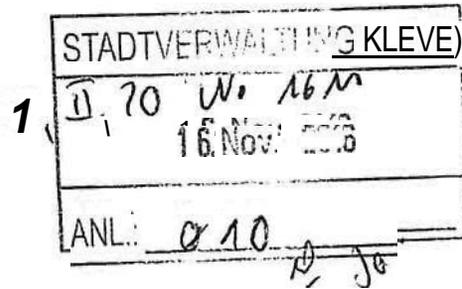
Mit freundlichen Grüßen



Klevischer Verein •

An die Bürgermeisterin  
der Stadt Kleve  
Frau Sonja Northing  
Rathaus Kleve  
47533 Kleve

Kleve, den 12.11.2016



**Antrag auf regelmäßige Überprüfung und Reinigung der Künstlergarderobe sowie der Toiletten in der Konzertmuschel im Forstgarten**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

hiermit stellen wir den Antrag, dass die Stadt Kleve bzw. die USK als städtische GmbH regelmäßig die Künstlergarderobe und die Toiletten in der Konzertmuschel im Forstgarten überprüfen.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Rat und Verwaltung unserem Antrag folgen würden.

Mit freundlichen Grüßen

**20 JAHRE**  
**THEATER IM FLUSS e.V.**

Theater im Fluss  
**Bürgermeisterin der Stadt Kleve**  
**Sonja Northing**  
Landwehr 4-6  
47533 Kleve

STADTVERWALTUNG KLEVE	
I, II, 20	21. Nov. 2016
ANL.: fr 10 40	

*Handwritten notes:*  
- Above: No 22.11.  
- Below: 23.11. 22.11. Ja.

16. November 2016

Kopie an Frau Annette Wier  
Kulturamt

Antrag Theater im Fluss 2017

Sehr geehrte Frau Northing,

Wir bedanken uns für die geleistete Unterstützung der Stadt Kleve im Jahr 2016 und überreichen hiermit unseren Antrag für das kommende Haushaltjahr 2017 (siehe Anlage).

Mit freundlichem Gruß

## **ANTRAG Theater im Fluss 2017**

Theater im Fluss e.V. bittet die Stadt Kleve um eine jährliche Förderung von 16.000 € für das Jahr 2017.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bereits in den Jahren 2011 bis 2016 wurde „Theater im Fluss“ von der Stadt Kleve mit 10.000 € jährlich gefördert. 2016 wurden außerdem 3000 € für Sonderprojekte zur Verfügung gestellt. Auch im Jahr 2017 werden zahlreiche Sonderprojekte stattfinden.

Eine Förderung ist als Basissicherung für „Theater im Fluss“ notwendig. Eine lokale Förderung der Kommune sichert den Erhalt der Landesgelder und anderer Geldgeber. Jeder von der Stadt zur Verfügung gestellte Euro vervielfacht sich durch in die Kommune geholte Förder- und Projektgelder.

Wir beantragen diese um 6000 € höhere Summe, da sich die Arbeit in den letzten zwei Jahren erheblich ausgeweitet hat. „Theater im Fluss“ übernimmt zahlreiche Leistungen, Querschnitts- und Netzwerkaufgaben, zum Teil auch für die Stadt Kleve. Auch die neue Bedeutung der kulturellen Bildung mit Kindern und Jugendlichen wie z. B. der "Kulturrucksack" benötigt adäquate finanzielle Mittel.

Auch 2016 konnten über 110 Kinder / Jugendliche an den kulturpädagogischen Aktivitäten teilnehmen. Die Gratis-Angebote ermöglichen erstmals auch vielen benachteiligten Kindern die Teilnahme an solch einem Projekt.

Leider mussten wir dieses Jahr aus finanziellen Gründen das freiwillige kulturelle / soziale Jahr abschaffen.

Bei ausreichender Finanzierung seitens der Stadt Kleve werden außerhalb der Regelarbeit für 2017 folgende Sonderprogramme und -leistungen durchgeführt:

- die Durchführung von 2 Programmen des Landesjugendplans (Gewaltprävention / Medienprojekt) zur Förderung benachteiligter Kinder
- die Durchführung des Kulturrucksacks in den eigenen Räumlichkeiten
- das Projekt Kunstbude / Bauwagen - mobile Kulturarbeit für Kinder in der Südstadt, Brüning-, Ecke Braunstraße
- die kostenlose bzw. kostengünstige Nutzung der Räumlichkeiten und Infrastruktur (Licht, Ton, Fundus) des Theaters durch die Hochschule Rhein Waal (Abteilung Kindheitspädagogik), Klever Schulen, die VHS, die Musikschule, die Caritas, SOS, das TBH, Kinder- und Jugendtheater sowie weitere soziokulturelle Institutionen
- die Unterstützung und kostenlose Nutzung der Räumlichkeiten für Jugendinitiativen (Aktionen und Veranstaltungen), z. B. „der leere Raum“
- das dt.-nl. Projekt zum Thema „heimatlos“ mit dem Theaterschip Deventer
- die Bereitstellung von Praktikumsstellen für Praktikanten (Hochschule und Schule für den Bereich „Übergang Schule zu Beruf“)
- die Durchführung einer Inklusiv-Theater-Hörspiel-Kunstgruppe (voraussichtlich in neuen angemieteten Räumen)

Zudem verweisen wir auf den Brief von Peter Kamp, Geschäftsführer der LKD (Landesarbeitsgemeinschaft Jugendkunstschulen), vom 30. November 2015.

Kleve, 10. 11. 16

Diakonie im Kirchenkreis Kleve e.V. • Brückenstraße 4 • 47574 Goch

An die Stadt Kleve  
Frau Bürgermeisterin Sonja Northing  
Landwehr 4 - 6  
47533 Kleve

STADTVERWALTUNG KLEVE
I, Nr. 305
21 Mai 2015
ANL.: FO Bd7.

9.6. 6.6. ja

Geschäftsführer  
Pfarrer Joachim Wolff

Brückenstraße 4, 47574 Goch  
Tel.: 02823 / 93 02 - 13  
Fax: 02823 / 93 02 - 7 13  
wolff@diakonie-kkkleve.de  
www.diakonie-kkkleve.de

Goch, 24. Mai 2016

Diakonie Sozialberatung - Antrag für einen Zuschuss der Stadt Kleve

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Northing,

seit 1991 bietet die Diakonie im Kirchenkreis Kleve e.V. in Kleve eine Sozialberatung an. Diese war bis Ende 2014 in den Räumen der Evangelischen Kirchengemeinde Kleve untergebracht und ist seit Anfang 2015 im Kleverer Diakonie-Büro der Stechbahn untergebracht. Seit 2007 wird diese Sozialberatung von Frau Monika Kötter mit einem Stellenumfang von 10 Wochenstunden durchgeführt.

Nun stelle ich den **Antrag, die Sozialberatung der Diakonie in Kleve mit mindestens 5.000 Euro aus Mitteln des städtischen Haushaltes zu unterstützen** und bitte Sie, diesen Antrag in die Haushalts-Beratungen einzubringen. Da auch die Caritas-Sozialberatung aus städtischen Mitteln gefördert wird, halte ich eine Gleichbehandlung für angemessen.

Die Diakonie-Sozialberatung hat Bürc und Xanten und wurde 2015 von insgesamt 460 Klienten aus dem Einzugsbereich der Diakonie aufgesucht. Davon waren 103 Bürgerin und ~~Bürger~~ aus dem Einzugsgebiet der Stadt Kleve mit 265 Einzelkontakten.

Beratungsbedarf gab es zu folgenden Themenkreisen:

1. Alter/Pflege/Krankheit
2. Konfliktsituationen mit Familie oder Partner
3. Psychische Probleme
4. Rechtsfragen insbesondere zum SGB
5. Schulden/finanzielle Probleme
6. **Straffälligkeit** bzw. Integration nach Verbüßen einer Haftstrafe
7. Angemessener und bezahlbarer Wohnraum
8. Mutter-Kind-Kuren

Es werden insbesondere Beratungen im Vorfeld der nach den Sozialgesetzbüchern gesetzlich verankerten Hilfeleistungen durchgeführt. Die Beratungsanlässe sind vielfältig, wobei multiple Problemlagen zunehmen, die eine intensive und zeitaufwändige Beratung erfordern. Die Betroffenen werden sowohl über die ihnen zustehenden gesetzlichen Rechte und Pflichten, als auch über die Verfahrenswege aufgeklärt und erhalten Hilfe bei Antragstellungen. Hinzu kommen Beratungen, die unmittelbar auf andere Hilfesysteme hinweisen, wie z.B. die Ehe-, Lebens- und Familienberatung, die Schuldnerberatung oder die Suchtberatung. Die Antragstellung bei Mutter-Kind-Kuren wird ebenfalls durch die Sozialberatung begleitet.

Auffallend zunehmend ist der Beratungsbedarf in den Bereichen Wohnen und Energie. Meist berührt dies auch die Beratung bei Schulden und drohender Privatinsolvenz. Bei Strom- bzw. Gas-schulden werden Vermittlungsgespräche mit den Energieanbietern geführt, um die notwendige Versorgung aufrechterhalten zu können. Alternative Finanzierungen außerhalb der Sozialhilfesysteme werden geprüft und generiert (Stiftungsmittel, Spenden, Kollekten-Mittel und dergl.) Immer wieder geht es um Beratungen zur Beibehaltung bzw. zur Findung von angemessenem und bezahlbarem Wohnraum - auch in Kleve ein großer werdendes Thema.

Die Diakonie-Sozialberatung stellt als niederschwelliges Beratungsangebot gegenüber den gesetzlich verankerten Hilfeleistungen bei existentiellen Notlagen einen „Mehrwert“ für die Klever Bevölkerung dar. Denn es ist es für die Hilfesuchenden von großem Vorteil, dass dieses Angebot von allen Bürgerinnen und Bürgern ortsnah und ohne jegliche Zugangsbeschränkung genutzt werden kann. Die einzige Beschränkung besteht im Umfang der Stelle und den damit verbundenen Wartezeiten aufgrund der in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegenen Fallzahlen und den insgesamt komplexeren Beratungsinhalten.

Die Sozialberatung wird seit vielen Jahren ausschließlich durch Diakonie-Eigenmittel finanziert. Im Gegensatz zu anderen Anbietern erhält die Diakonie-Sozialberatung in Kleve keine öffentlichen Mittel auch nicht im Rahmen von Vereinbarungen mit der Arge für Menschen mit sog. Vermittlungshemmnissen. Die Personal-, Sach-, Miet- und Overheadkosten werden 2016 mit 25.000 Euro veranschlagt. Auch wenn diese Arbeit in erster Linie aufgrund unseres kirchlich-diakonischen Selbstverständnisses erfolgt, hat sie auch erheblich entlastende Auswirkungen für das Gemeinwesen und die kommunale Daseinsvorsorge. In diesem Sinne ist der beantragte Zuschuss gut investiertes Geld, da an anderer Stelle in weit größerem Umfang kommunale Kosten eingespart werden.

Selbstverständlich bin ich gerne bereit, Ihnen diesen Antrag in einem persönlichen Gespräch näher zu erläutern. Beigefügt habe ich den Jahresbericht 2015. Sollten Sie ergänzende Unterlagen benötigen, lassen Sie es mich bitte wissen. Sie können gerne auch unsere Mitarbeiterin eingeladen, damit diese über ihre Arbeit allgemein oder zu speziellen Fragestellungen berichtet.

Mit freundlichen Grüßen

# Soziale Dienste

Sozialberatung

Jahresbericht 2015

Stark für andere!

## Ansprechpartnerinnen und Standorte:

### **Nördlicher Kirchenkreis**

Monika Köster  
Stechbahn 33  
47533 Kleve  
Telefon: 02821/71 94 86-13  
Telefax: 02821 / 71 94 86-13  
E-Mail: koester@diakonie-  
kkkleve.de  
Sprechstunden:  
Montag und Dienstag 9-12 Uhr  
und nach Vereinbarung

### **Südlicher Kirchenkreis**

Sigrid Messerschmidt-Sprenger  
Poststraße 6  
46509 Xanten  
Telefon: 02801 / 70 60 49  
Telefax: 02801 / 98 79 953  
E-Mail: messerschmidt@  
diakonie-kkkleve.de  
Sprechstunden:  
Montag und Dienstag 8-12 Uhr,  
Donnerstag 9-16 Uhr  
und nach Vereinbarung

## Aufgabenbereiche

Die Sozialberatung ist ein unverzichtbarer Basisdienst, bei dem die professionelle Sozialarbeit mit den kirchlichen Gemeinden verknüpft und zugleich Teil der sozialen Infrastruktur ist. Die Sozialberatung ist als kirchlich-diakonisches Arbeitsfeld in den Gesamtauftrag der evangelischen Kirche eingebunden.

Frei von Zugangskriterien erreicht die Sozialberatung unterschiedliche Personenkreise und ist damit für den Träger oft Indikator für aktuelle Entwicklungen im sozialen Raum.

Es wird ein offenes, flexibel gestaltetes Hilfsangebot vorgehalten, das sich durch die Nähe zur Alltags- und Lebenswelt der Ratsuchenden auszeichnet. Als erste Anlaufstelle im Netzwerk diakonischer Dienste bietet die Sozialberatung Information, Beratung und Begleitung sowie Vermittlung zu anderen Fachdiensten an. Auch im vergangenen Jahr zeigte sich, dass hinter dem zunächst genannten Anliegen der Ratsuchenden noch weitere belastende Probleme standen. Oftmals waren daher anschließende Beratungsprozesse auf die Stabilisierung der psychosozialen Lebenssituation ausgerichtet.

Die Sozialberatung sieht es als ihren Auftrag, Ratsuchenden ein ganzheitliches niedrigschwelliges Beratungsangebot anzubieten. Klienten werden zu ihrer derzeitigen sozialen, psychischen und gesundheitlichen Lebenssituation zuverlässig und kompetent beraten.

## Angebote

Die Sozialberatung in Kleve und Xanten ist ausgelastet, zeitweise sogar überlaufen. Um langen Wartezeiten vorzubeugen, wird auf die Möglichkeit der telefonischen Terminvereinbarung hingewiesen. Die Beratungsbereiche umfassen u.a. folgende Angebote

- Aufklärung und Information zu Sozialleistungen
- Hilfestellung im Umgang mit Behörden und Vermietern
- Beratung bei Energie- und Mietschulden
- Beratung zu persönlichen, sozialen und familiären Fragen
- Psychosoziale Beratung

## Statistische Angaben

<b>Beratungen</b>	<b>Kleve</b>	<b>Xanten</b>	<b>Geldern</b>
Anzahl der beratenen Personen	103	124	233
Anzahl der Kontakte	265	347	349
<b>Geschlechterverteilung</b>			
Weiblich	69	80	
Männlich	34	44	
<b>Alter</b>			
Bis 25	12	13	
24-40	16	21	
40-65	59	71	
über 65	16	19	
<b>Wohnort</b>			
Bedburg-Hau	11		
Geldern/Issum		10	
Goch	14	4	
Kalkar	2	9	
Weeze/Kevelaer	2	11	
Kerken		8	
Kleve	68		
Kranenburg	3		
Uedem	3	12	
Sonsbeck		16	
Xanten/Büderich/Ginderich		54	
<b>Beratungsanlässe</b>			
Alter/Pflege/Krankheit	12	9	
Ansprüche Sozialleistungen/Rechtsfragen	19	28	
Psychosoziale Schwierigkeiten	95	72	
Schulden/finanzielle Probleme	75	101	
Existenzielle Notlagen	8	34	
Straffälligkeit	1	2	
Müttergenesung		18	
Weitervermittlung an Fachdienste oder Einrichtung	25	17	
Unterstützung im Umgang mit Ämtern und Behörden	27	28	
Informationsvermittlung	47	59	
Formularhilfen	28	25	

*Mehrfachnennungen möglich*

## Verändertes Sozialgefüge seit Hartz IV

Schon seit vielen Jahren sind tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen zu beobachten, die auch einen Umbau des Systems der sozialen Sicherung zur Folge hatten. Mit der Umsetzung der Arbeitsmarktreformen vor zehn Jahren, insbesondere die Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende, im Volksmund als „Hartz IV“ bekannt, begannen weitreichende negative Auswirkungen auf die soziale Situation der Bürger. Damals gaben die steigenden Arbeitslosenzahlen sowie die Sicherstellung der Finanzierbarkeit sozialer Leistungen den Anstoß dafür, wie Doppelstrukturen vermieden bzw. abgebaut oder Verwaltungswege vereinfacht werden können. Eingeführt wurde das Prinzip „Fördern und Fordern“ bei Arbeitslosigkeit.

Die Hartz-IV Reformen sind das Ergebnis eines langjährigen Prozesses, der zu einem Um- bzw. Abbau des Sozialstaates geführt hat. So wurde die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld limitiert und der sogenannte demographische Faktor eingeführt (Berücksichtigung eines steigenden Rentneranteils in der Rentenformel). Es folgten die Beschränkung der Rentenhöhe, die Erhöhung des Renten-Eintritt Alters und eine individuelle Beteiligung an Gesundheitsleistungen (hier vor allem in Erinnerung die Praxisgebühr). Mit der umfassenden Strukturreform ging insbesondere für Erwerbslose eine gravierende Verschlechterung der finanziellen und rechtlichen Situation einher. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wurde ein Systemwechsel eingeleitet. Die 1956 eingeführte Transferleistung „Arbeitslosenhilfe“ wurde abgeschafft. Statt einer bisher steuerfinanzierten Lohnersatzleistung greift jetzt eine Absenkung auf Sozialhilfeniveau.

All dies hat nach Meinung des Sozialwissenschaftlers Prof. Dr. Christoph Butterwegge zu einer Erosion sowie einer Abwärtsmobilität der Mittelschicht geführt und den Niedriglohnsektor erheblich vergrößert. Vordergründig wurden tatsächlich vielfach Menschen in Beschäftigung gebracht, in der Mehrzahl aber in befristete, prekäre Arbeitsverhältnisse. Mit dem hieraus erzielten Einkommen lässt sich das garantierte Existenzminimum gar nicht oder nur schwer erwirtschaften. Diese Arbeitnehmer sind auch weiterhin auf Sozialleistungen durch den Staat angewiesen. Für viele Arbeitssuchende heißt das, Arbeit um und zu jedem Preis anzunehmen, ansonsten drohen Sanktionen bis zum völligen Entzug der Leistung. In Extremfällen wird auch hier das Existenzminimum unterschritten. Individuelles Versagen des Einzelnen und nicht der Zusammenbruch der Märkte, wird mit dem Verlust des Arbeitsplatzes in Zusammenhang gestellt.

In einem Interview der Süddeutschen Zeitung mit dem Sozialrichter Jürgen Borchert im März 2013 weist dieser auf die genannte Entwicklung hin: *„...ausgerechnet in einer Situation, in welcher die Arbeitslosigkeit weniger denn je auf individuellen Gründen beruht, dem Arbeitslosen mit Eigenverantwortung zu kommen, ist ein Zynismus sondergleichen und bestätigt die Stimmen, die sagen, der Staat würde die Arbeitslosen bekämpfen und nicht die Arbeitslosigkeit.“*

Nach unseren Erfahrungen der letzten Jahre zeigt sich die geänderte soziale Sicherung eher fehlgeschlagen als lobenswert, da sie sich im Alltag im Umgang mit der neuen Gesetzgebung als wesentlich komplizierter erweist. Gesetzliche Regelungen überschneiden bzw. widersprechen sich teilweise und bestimmte Fallkonstellationen wurden vom Gesetzgeber überhaupt nicht berücksichtigt. Bedarfe können nicht mehr sichergestellt werden, da die dafür vorgesehenen Pauschalen nicht ausreichen.

Die nationale Armutskonferenz berichtet, dass mittlerweile jeder sechste Bürger als arbeitsgefährdet gelten muss. Viele finden keinen Zugang zu medizinischer Regelversorgung, mehr als 330.000 Menschen leben unter dem in Artikel 25 für Deutschland garantierten Existenzminimum, sind obdachlos. (Artikel 25 der allg. Erklärung der Menschenrechte „Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen).

Nicht nur die gesamtgesellschaftlichen Folgen, auch die individuellen psychischen und physischen Verkettungen der Veränderungen sind erheblich. Ausgrenzung, Diskriminierung und Zurücksetzung führen zu Perspektivlosigkeit und Passivität. Durch kumulierende Frustrationserfahrungen resignieren die Menschen, mit der Folge, dass die Eigenaktivität abnimmt bzw. gar nicht mehr vorhanden ist.

Infolge der veränderten gesellschaftlichen Bedingungen haben sich Parallelgesellschaften entwickelt, ganze Bevölkerungsgruppen bleiben außen vor und werden nicht mehr berücksichtigt. Tafelläden und Sozialkaufhäuser boomen. Der frühere Sozialversicherungsstaat mit Arbeitslosen-, Kranken-, und Rentenversicherung wird wieder zum Fürsorgestaat. Er verteilt Almosen und erlaubt sich selbst, sich aus der Verantwortung für die soziale Absicherung seiner Bürger zurückzuziehen.

**Aus unserer Sicht ist bürgerschaftliches Engagement durchaus wichtig, sollte jedoch nicht dazu dienen, gesetzliche Regelungen bzw. Rechte zu ersetzen!**

Kleve/Xanten, 2. Mai 2016

Sigrid Messerschmidt-Sprenger  
Monika Köster